



## Schriftliche Stellungnahme der IG Metall zur Erwartungshaltung an die im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorgaben zur Ausarbeitung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Rüstungsexportkontrolle

Laut Koalitionsvertrag will sich die Bundesregierung für verbindlichere Regeln einer restriktiven Rüstungsexportpolitik einsetzen und benennt zwei Ziele: 1. Abstimmen einer EU-Rüstungsexportverordnung mit den europäischen Partnern. 2. Einsetzen für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz.

Die IG Metall hat auf ihrem 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag 2019 hierzu beschlossen:

„Die IG Metall unterstützt die weltweite Waffenhandelskontrolle und eine restriktive Genehmigungspraxis von Waffenexporten durch die Bundesregierung. Erforderlich sind Transparenz sowie strikte Endverbleibkontrolle. Gleichzeitig befürwortet die IG Metall gemeinsam mit allen europäischen Industriegewerkschaften eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU. Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Hier muss es europaweit ein gleiches Verständnis und klare gemeinsame Exportregeln geben.“

### **Zur zentralen Rolle der Politik für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie**

Rüstungspolitik ist national, europäisch und international von hoher Komplexität und lässt sich nicht auf Exportfragen reduzieren.

Die Welt des 21. Jahrhunderts ist keineswegs friedlicher geworden. Die vergangenen Jahre haben eine deutlich wahrnehmbare Rückkehr des Militärischen mit sich gebracht. Machtpolitik um Einflussphären wird mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln praktiziert – von Staaten ebenso wie von nichtstaatlichen Akteuren. Mit Putins Angriff auf die Ukraine herrscht 2022 das erste Mal seit über 20 Jahren wieder Krieg in Europa.

Die wehr- und sicherheitstechnische Industrie bezieht ihre Existenzberechtigung aus politischen Entscheidungen im Rahmen der deutschen, europäischen und transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier geht es um den Beitrag zu Systemen kollektiver Sicherheit ebenso wie um Bündnisverpflichtungen, im Rahmen der GSVP wie auch im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen.

Die IG Metall vertritt die Beschäftigten in der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie. Wie in allen Branchen geht es für sie um den Erhalt hochwertiger Beschäftigung, guter Arbeitsbedingungen, fairer Einkommen und den respektvollen Umgang miteinander. Im Gegensatz zu den Staatsbetrieben in vielen unserer Nachbarländer ist die wehr- und sicherheitstechnische Industrie in Deutschland privatwirtschaftlich und in weiten Teilen mittelständisch organisiert.

Gleichwohl spielen Bundesregierung, Bundestag und landespolitische Entscheider:innen eine zentrale Rolle. Mit ihrer Beschaffungspolitik prägen sie Technologiepfade, sie entscheiden über die Ausrüstung der Bundeswehr, über die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der gewerblichen Wirtschaft bei Dienstleistungen und Wartung, über bündnispolitische Kooperationsprojekte, grenzüberschreitende Unternehmenskooperationen, -fusionen und -übernahmen sowie über Exporte im Rahmen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.



Die zentrale Rolle der Politik ist unabdingbar – es geht um Kriegswaffen und Rüstungsgüter, um die Ausrüstung der Bundeswehr. Aus dieser zentralen Rolle erwächst zugleich eine Verantwortung für die Beschäftigten der Branche. Die IG Metall betont die herausgehobene Bedeutung und Notwendigkeit einer branchenorientierten Industriepolitik in Abstimmung mit den Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften.

Ein zentrales Anliegen ist größtmögliche Planungssicherheit für die Bundeswehr bei Beschaffung, Versorgung und Wartung. Planungssicherheit ist auch für die Unternehmen und Beschäftigten essentiell. Aufgabe der politischen Verantwortlichen ist es zudem, einen fairen Wettbewerb mit den Staatsbetrieben in Europa durchzusetzen, entsprechende Kooperationen im Rahmen eines koordinierten Beschaffungswesens anzuschließen, aber auch Optionen der Diversifikation und Konversion zu fördern.

### **Europäische Dimension der Branche**

Die Bundesregierung will die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der EU weiter ausbauen, die strategische Souveränität Europas erhöhen und die rüstungsindustrielle Zusammenarbeit stärken. Damit wird die Beschaffung von Rüstungsgütern mehr und mehr zwischenstaatlich und europäisch.

Das sicherheitspolitische Weißbuch 2016 der Bundesregierung unterstreicht diese Strategie und betont die europäische Säule, von der konsequenten Umsetzung der Beschlüsse der Europäischen Räte 2013 und 2015 bis hin zu zwischenstaatlichen Kooperationen der EU-Mitgliedsstaaten. Sicherheitspolitik und Rüstungsindustrie sieht das Weißbuch in direkter Verbindung: „Europa braucht eine eigene leistungs- und wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie, wenn es gemeinsam sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen will.“ Und: „Ziel muss es sein, dass die europäischen Staaten den nächsten Schritt zu einer wirklich integrierten industriellen Struktur in Europa gehen.“

Auch wenn heute nicht absehbar ist, wie sich die Unternehmenslandschaft gestalten wird, sind mehr Kooperationen zwischen Unternehmen und weitere Zusammenschlüsse zu erwarten. Damit werden sich auch für Zulieferunternehmen die Marktbedingungen ändern. Die Branche steht am Anfang einer tiefgreifenden Transformation. Der in der Europäischen Union angestrebte Aufbau einer „European Defence Technological and Industrial Base“ wird mittelfristig zu einer Konsolidierung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Europa führen. Für die IG Metall steht fest: Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Entscheidungen verschiedener EU-Mitgliedstaaten haben zur heutigen Situation geführt. Der von der EU angestrebte Aufbau einer rüstungsindustriellen Basis gepaart mit dem bereits laufenden Strukturwandel verlangt jetzt endlich gezieltes politisches Handeln. Programme zur Diversifikation und Konversion auf nationaler und europäischer Ebene sind dabei unabdingbar. Auf europäischer Ebene fehlt die Perspektive ziviler Märkte bislang gänzlich; in Deutschland hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2017 entschieden, das Innovationsprogramm DIVERS einzustellen, bevor es richtig anlaufen konnte. DIVERS war auf Drängen der IG Metall eingerichtet worden.

### **Europäische Waffenhandelskontrolle**

Die IG Metall hält eine weltweite Waffenhandelskontrolle für notwendig. Deshalb unterstützte die IG Metall unter anderem die Kampagne von Amnesty International zum Arms Trade Treaty, ebenso Appelle und Initiativen zur Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags und



nuklearer Abrüstung. Die IG Metall tritt gegen Rüstungsexporte an Regime ein, die Menschenrechte missachten. Sie unterstützt die restriktive Genehmigungspraxis von Waffenexporten durch die Bundesregierung und eine effektive wie transparente weltweite Waffenhandelskontrolle.

Auch wenn die Einschätzungen über die Genehmigungspraxis der Bundesregierung politisch unterschiedlich sind, so bleibt doch festzuhalten, dass die Rüstungsexportkontrolle in Deutschland im internationalen Vergleich bereits restriktiv gestaltet ist.

Wie aber die europäische Dimension verdeutlicht, ist die enge Abstimmung einer gemeinsamen Exportpolitik in der EU ein zentrales Handlungsfeld. Die Mitgliedsstaaten handhaben die Rüstungsexportkontrolle unterschiedlich. Der „Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologien und Militärgütern“ hat zu unterschiedlichen Genehmigungspraktiken geführt.

industriAll Europe als Dachverband der europäischen Industriegewerkschaften spricht sich für faire Wettbewerbsbedingungen und eine Harmonisierung der Exportgenehmigungen in der EU aus. Dies sind Voraussetzungen für länderübergreifende Unternehmenskooperationen – von Lieferbeziehungen in Wertschöpfungsketten über Joint Ventures bis zu Zusammenschlüssen, wie sie von der EU und der Bundesregierung gewünscht sind.

Ein nicht zu unterschätzender Aspekt ist dabei die Handhabung von Dual-Use-Gütern. Zulieferer aus Deutschland, oft mittelständische Unternehmen, die Dual-Use-Güter herstellen und von Systemherstellern in anderen EU-Mitgliedsstaaten für das zivile und militärische Endprodukt zertifiziert sind, können in die Situation geraten, dass sie auch aus der Lieferkette für das zivile Endprodukt genommen werden, wenn die Zulieferung für das Rüstungsgut verweigert wird.

Das hängt mit dem komplexen und kostenintensiven Zertifizierungsprozess zusammen, den kein Systemhersteller mit Zulieferern einleitet, wenn die Liefersicherheit letztlich infrage steht. Deshalb laufen Zulieferer aus Deutschland Gefahr, von Systemherstellern aus EU-Mitgliedsstaaten a priori für Zulieferungen von Dual-Use Gütern ausgeschlossen zu werden. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen in nichtmilitärischen Märkten. Hierfür hat sich in den letzten Jahren der Begriff „German Free“ etabliert.

### **Erwartungen an ein Gesetz für die Rüstungsexportkontrolle**

Wie der „Gemeinsame Standpunkt“ der EU von 2008 verankern die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 eindeutig das Primat der Politik.

Im Sinne der in den sicherheits- und wehrtechnischen Branchen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen und im Einklang mit unseren friedenspolitischen Grundsätzen erwartet die IG Metall hinsichtlich der Regelung von Rüstungsexporten von der Bundesregierung:

- eine ganzheitliche Herangehensweise, wie sie im Koalitionsvertrag angelegt ist durch Passagen wie z.B.: Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik wertebasiert und europäischer aufstellen; strategische Souveränität Europas erhöhen; rüstungstechnische Zusammenarbeit in Europa insbesondere mit hochwertigen Kooperationsprojekten stärken, dabei die nationalen Schlüsseltechnologien berücksichtigen und kleinen und



mittelständischen Unternehmen ermöglichen am Wettbewerb teilzunehmen; NATO-Fähigkeitsziele in enger Abstimmung mit Partnern erfüllen und entsprechend investieren; Ausrüstung der Bundeswehr verbessern; internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbeleben; restriktive Rüstungsexportpolitik beibehalten etc.

- ein Zusammenbinden bislang loser Enden der Rüstungspolitik, wie z.B. industrielle Fähigkeiten sichern und ggf. aufbauen; Schlüsseltechnologien operationalisieren; Entwicklung von Technologien mit EU-Partnern ausgestalten; rüstungsindustrielle Basis der EU und europäische Lieferketten mitgestalten; europaweiten Strukturwandel der Branche flankieren und Diversifikation in nichtmilitärische Märkte unterstützen; Versorgungssicherheit für Streitkräfte gewährleisten, Beschaffungen branchenpolitisch flankieren und Kapazitäten in Forschung und Entwicklung, in Produktion und Wartung zusammenzudenken; Harmonisierung der tatsächlichen Exportgenehmigungen in der EU
- eine deutlich bessere Abstimmung innerhalb der EU: Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen. Das gilt für das Bestimmungs- und das Endverbleibland gleichermaßen. Innerhalb der EU gilt es ein gemeinsames Verständnis und klare Exportregeln zu etablieren
- zwischenstaatliche und europäische Projekte von Anfang an umfassend aufsetzen, d.h. mit Sicherheit in der Lieferkette und auch mit eindeutiger Festlegung zu Exportkriterien
- dem Primat der Politik mit verantwortungsbewusstem und nachhaltigem politischen Handeln gerecht zu werden: Die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Linie der Bundesrepublik Deutschland prägt die wehr- und sicherheitstechnische Industrie und Umfang wie Art der Rüstungsexporte. Es ist zu prüfen, ob es jenseits des etablierten institutionellen Settings (Bundessicherheitsrat, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) einer Federführung im Kanzleramt bedarf.
- Vertrauensschutz bei negativer Entscheidung der Regierung zu bereits genehmigten Exportprojekten – sowie finanzielle Entschädigungen und Ausfallbürgschaften
- die Einrichtung von Programmen zur Diversifikation und Konversion auf nationaler und europäischer Ebene
- ein Synchronisieren des avisierten Rüstungskontrollgesetzes mit entsprechenden Vorhaben auf europäischer Ebene und eine klare Einbindung in eine effektive und transparente weltweite Waffenhandelskontrolle. Von herausgehobener Relevanz ist eine strikte Endverbleibkontrolle – ex ante, mit schriftlicher Zusicherung des Endverwenders und unter der Maßgabe wirksamer Ausfuhrkontrollen. Die IG Metall befürwortet ausdrücklich ergänzende „Post-Shipment-Kontrollen“. Offenheit und Transparenz hilft auch den Beschäftigten der Branche.
- Die in den Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vorgenommene Differenzierung zwischen EU-Mitgliedstaaten, NATO-Ländern, NATO-gleichgestellten Ländern und Drittländern sollte für die Erarbeitung des Gesetzesvorhabens handlungsleitend sein. Es bedarf darüber hinaus einer regelmäßigen Überprüfung des Status einzelner Staaten.